Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziale Arbeit = Revue suisse de travail social

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit

Band: - (2007)

Heft: 3

Artikel: Interventionen Sozialer Arbeit zwischen Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus

Autor: Eser Davolio, Miryam

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832518

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Miryam Eser Davolio

Interventionen Sozialer Arbeit zwischen Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus

Interventionen gegen Rechtsextremismus in Gemeinden stellen ein Handlungsfeld dar, für das sich Strategien der Sozialen Arbeit besonders anbieten, wie etwa Gemeinwesenarbeit, Mediation oder Opferhilfe. Zwar verfügt die Soziale Arbeit nur bedingt über Interventionsansätze in Bezug auf rechtsextreme Jugendliche, wie etwa die akzeptierende Jugendarbeit,[1] doch verfügt sie mit ihrer interdisziplinären, systemisch orientierten Sichtweise über gute Voraussetzungen für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte.[2] Wie sich diese Strategien in der Praxis bewähren und was bei ihrer Umsetzung beachtet werden sollte, waren Ausgangsfragen der vergleichenden Evaluationsstudie «Soziale Arbeit und Rechtsextremismus: Evaluation von Interventionsansätzen und Entwicklung von Guidelines» im Nationalen Forschungsprogramm «Rechtsextremismus: Ursachen und Gegenmaßnahmen»[3].

Rechtsextremismus als eine Verbindung von Gewaltorientierung mit politischen Ideologien[4] – organisiert oder auch nicht – zeichnet sich durch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, übersteigerten Nationalismus, Demokratiedefizit und Gewaltbereitschaft aus, wobei der Glaube an die Ungleichheit die Gewalt gegen «Minderwertige» legitimiert. Diese Phänomene können nicht nur aus sozialpsychologischer Sicht erklärt werden, sondern müssen in Zusammenhang mit einem Umfeld gebracht werden, in dem eine zunehmende Banalisierung des rassistischen Diskurses ein Klima schafft, das Rechtsextremismus nicht nur toleriert, sondern dessen Diskurs sogar normalisiert. Rechtsextremismus ist folglich nicht ein spezifisches Jugendproblem, sondern ein gesamtgesellschaftliches Thema.

Das Niveau der rechtsextremen Gewalt in der Schweiz erreichte zu Beginn der neunziger Jahre eine Grössenordnung, die nicht weit von demjenigen Deutschlands entfernt war.[5] Der harte Kern der schweizerischen Skinhead-Szene nahm seit Mitte der 90er Jahre, vor allem in der Deutschschweiz konstant zu. Man zählt heute rund 1'200 Personen,[6] wobei

ein Trend zur zunehmenden Politisierung sowie eine Radikalisierung und Zunahme von Gewalt beobachtet wird. Zudem bestehen in Grenzgebieten oftmals enge Kontakte zu radikalisierten Gruppierungen aus Nachbarländern.

Erklärungsansätze, nach denen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Wesentlichen entweder ökonomisch, politisch oder durch eine sich verändernde Gesellschaft verursacht sind, werden von verschiedenen Seiten bezweifelt.[7] Die Konkurrenz um knappe Güter,[8] Wertezerfall, Risikogesellschaft[9] und Individualisierung werden als Begründungszusammenhänge in Frage gestellt. Eine Befragung von rechtsorientierten Jugendlichen[10] zeigt, dass diese nur sehr selten eine unmittelbare oder direkte Konkurrenzsituation auf dem Wohnungs- oder Lehrstellenmarkt erlebt hatten. Nach dem Befund der wegweisenden Bielefelder Rechtsextremismusstudie von Heitmeyer[11] korrelieren weder Orientierungsschwierigkeiten, die Einbindung bezüglich Arbeit und Familie, noch das Selbstkonzept mit rechtsextremen Sichtweisen. Einzig die instrumentalistische Arbeitsorientierung, das heisst die vorrangige Orientierung an Geld, Aufstieg und Status, steht in einem signifikanten Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen. Diese Orientierung steht wiederum in engem Zusammenhang mit dem sogenannten «Wohlstandschauvinismus»[12], einer forcierten Identifikation mit den Werten Leistung, Wohlstand, Karriere und Geld. Vor diesem Hintergrund wird die Abwehr gegen all jene begründet, die als leistungsunfähig gelten oder anscheinend ohne eigene Anstrengung materiell begünstigt werden.[13]

Die individuelle Ausprägung von Fremdenfeindlichkeit und rassistischen Einstellungen hängt weniger von eigenen Deklassierungs- und Desintegrationserfahrungen ab, als vielmehr von Vorstellungen von Verteilungsungerechtigkeiten und einer als illegitim wahrgenommenen Privilegierung ausländischer Bevölkerungsgruppen.[14]

So zeigt die Euro-Barometer-Studie[15], in der die Entstehungsmuster für Vorurteilsbildung in mehreren europäischen Ländern untersucht wurden, dass kein Zusammenhang zwischen Ausländerdichte und der Verbreitung von offenen und subtilen fremdenfeindlichen Vorurteilen nachgewiesen werden kann.[16] Relevanter scheinen verzerrte Wahrnehmungen bezüglich der Grösse ethnischer Gruppierungen und der Zuordnung stereotyper Merkmalen zu sein. Studien zeigen, dass der mangelnde interkulturelle Kontakt die Entstehung von Vorurteilen begünstigt[17] und dem Konzept «Heimat» einen hohen Stellenwert gibt.[18] Umgekehrt geht das Ausmass

der Ablehnung fremder ethnischer Gruppen nachweisbar zurück, wenn die Mitglieder der beteiligten Gruppen miteinander in Kontakt kommen.[19]

Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass durch die Fokussierung der Gewalt am rechten Rand der Gesellschaft, die Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft – in Form struktureller Gewalt – aus dem Blick gerät. Strukturelle Gewalt verhindert die Gleichberechtigung der eingewanderten Bevölkerung, man benutzt Ausländerkriminalität als Aufhänger für Fremdenfeindlichkeit und verlangt die Abschiebung von Flüchtlingen.[20]

Die Soziale Arbeit, insbesondere Sozialpädagogik und soziokulturelle Animation, sieht sich vom Umgang mit Angehörigen rechtsextremer Gruppierungen gefordert und muss den Zugang zu diesen Jugendlichen suchen. Dies wird oft dadurch erschwert, dass Sozialarbeitende und rechtsextreme Jugendliche gleichsam gegensätzliche Weltbilder haben. Rechtsorientierte Jugendliche in den Maßnahmen der offenen Jugendarbeit oder im Strafvollzug haben zudem wenig Vertrauen in den Staat und halbstaatliche Institutionen. Sozialarbeiterische Interventionen riskieren rechtsextreme Akteure zu isolieren und zu stigmatisieren,[21] gerade dann wenn sie sich nur auf die Täterebene beziehen. Wichtig ist es deshalb, die Ebene der «Bystander» (Umstehende, Zeugen) und deren Einfluss auf das Täter-Opfer-Setting in die Intervention einzubeziehen. Unsere bereits abgeschlossenen experimentellen Untersuchungen haben gezeigt,[22] dass Projektunterricht zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ganz andere Ergebnisse in Klassen mit mehrheitlich tolerant eingestellten Schülern erzielt als in solchen, die von vorurteilsbelasteten Schülern dominiert werden.

Ausgehend von diesen Rückkoppelungsprozessen zwischen Milieu und Wirkung erwarteten wir auch im weitaus komplexere Interventionsfeld einer Gemeinde, unterschiedliche Wirkungsbedingungen für sozialarbeiterische Interventionen, abhängig davon, ob die Bevölkerung mit verhaltener oder offener Sympathie auf rechtsextreme Gruppierungen reagiert oder aber mit entschiedener Ablehnung..

Unsere Studie (2003 bis 2006) gliedert sich in eine Vor- und eine Hauptstudie. Im Rahmen der Vorstudie eruierten wir von Rechtsextremismus betroffene Gemeinden und analysierten deren Wahrnehmung rechtsextremistischer Erscheinungen und allfällige Maßnahmen. Uns interessiert die Entstehung eines Problem- und Verantwortungsbewusstseins – sei es auf Seite der lokalen Akteure, sei es auf Seite der Bevölkerung –, welches grundlegend für die Durchführung einer Intervention der Sozialen Arbeit ist. Diese Befunde bildeten die Ausgangsbasis für die Hauptstudie, bei der die Evaluation von Rechtsextremismusinterventionen in Gemeinden, wel-

che von Experteninnen und Experten begleitet wurden, im Vordergrund stand. Hier interessierten uns speziell gemeinwesenorientierte Interventionsansätze, die von einer möglichst ganzheitlichen Sicht auf Rechtsextremismusphänomene ausgehen und Wechselwirkungsprozesse zwischen Tätern und Umfeld berücksichtigen.

Methodisches Vorgehen

Aufgrund von Medienberichten von 2000–2003 ermittelten wir von Rechtsextremismus betroffene Gemeinden, welche wiederholt Schauplatz von gewalttätigen Vorfällen geworden waren und eine lokale Rechtsextremismusszene aufwiesen. Unser Erkenntnisinteresse bestand in der Analyse des Problembewusstseins der betroffenen Gemeinden und ihrer Reaktionsweise. Wir nahmen an, dass sich nicht alle dieser hauptsächlich betroffenen Gemeinden des Problems bewusst waren. Wir befragten verantwortliche Akteure und Akteurinnen aus den Bereichen Polizei, Sozialdienst und Schule (N = 33) zu ihren Wahrnehmungen und Reaktionen und zur Wirkungen der allenfalls ergriffenen Maßnahmen.

Für die Hauptstudie wählten wir sieben unterschiedliche Interventionen aus, welche von Experteninnen und Experten der Sozialen Arbeit begleitet wurden und sowohl (1) auf Rechtsextremismus fokussiert als auch (2) langfristig (mindestens sechs Monate) und (3) gemeinwesenorientiert angelegt waren und in unserem Untersuchungszeitraum (2003–2006) abgeschlossen sein mussten. Für die Evaluation sahen wir ein dreistufiges Vorgehen vor: Konzeptanalyse, Implementationsevaluation und Wirkungsanalyse. Als Forschungsmethode dienten uns vorwiegend qualitative Verfahren:

- teilstrukturierte Interviews mit den sieben Interventionsanbietenden zur Erfassung der Konzeption und Implementation;
- 74 Leitfadeninterviews mit den beteiligten Akteureninnen und Akteure in den Gemeinden;
- eine Fragebogenerhebung bei den Interventionsanbietenden nach Abschluss der Intervention;
- teilstrukturierte Interviews mit Rechtsextremismusexperten (N = 7) mit spezifischen regionalen Kenntnissen bezüglich Einschätzung der Entwicklungen der Rechtsextremismusszenen.

Für die Evaluation der einzelnen Interventionen führten wir sowohl Interviews mit stark involvierten Gemeindeakteuren (Involvierte) als auch punktuell Involvierten (Distanzierte) durch. Dies aus der Überlegung heraus, dass direkt Involvierte aufgrund ihrer Identifizierung mit

dem Projekt von der Intervention sehr überzeugt sein können und ihre Wirkung unter Umständen überschätzen, während punktuell involvierte Akteure zwar die Interventionsabsicht kennen, aber deren Auswirkungen aus einer neutraleren Perspektive einschätzen.

Die Leitfadeninterviews zielten auf die zentralen Forschungsfragen zur lokalen Ausgangssituation und Problemstellung, auf die Art und Weise der Interventionsumsetzung sowie auf die Einschätzung der Interventionswirkung und -nachhaltigkeit. Da bei dieser Studie sieben Interventionen evaluiert wurden, erhofften wir uns Vergleichsmöglichkeiten der Wirkungsweise unterschiedlicher Interventionsansätze in den jeweiligen Interventionsmilieus unter Berücksichtigung der strukturellen Projektbedingungen.

Zur Datenanalyse wurden die Interviews mit Gemeindeakteuren transkribiert und mit Atlas-ti aufbereitet. Die ersten Interviews dienten zur Ergänzung des bestehenden Fragegerüsts um weitere relevante Themen, welche von den Interviewpartnern und Partnerinnen angesprochen wurden. Die Interviewleitfäden beinhalteten das Grundgerüst an thematischen Schwerpunkten und zentralen Forschungsfragen, welche die Grundlage für die Kategorisierung bildeten. Die Kodierung des Rohmaterials erfolgte aufgrund subsumativer und abduktiver Kategorienbildung.[23] So wurden Vorannahmen, wie etwa ein möglicher Zusammenhang zwischen fremdenfeindlichen Einstellungen auf Erwachsenenebene und rechtsextremistischen Tendenzen von Jugendlichen mit in die Kategorienbildung einbezogen, während andere sich aufgrund der Materialsichtung als relevant herauskristallisierten. Da das gesammelte und aufbereitete Datenmaterial sehr umfangreich war, beschränkten wir uns auf eine fallbezogene Auswertung.

Das Interventionsziel «Rückgang von Rechtsextremismus» galt es im Rahmen der Evaluation differenziert zu betrachten,[24] da neben den intendierten auch nicht intendierte Wirkungen, wie etwa lokale Verlagerung oder Vermeidung von Sichtbarkeit, Verschiebung von manifesten zu latenten Erscheinungsformen, mitberücksichtigt werden mussten. Solche Phänomene spielen sich auch außerhalb des Erfahrungsbereichs der befragten kommunalen Akteure ab, weshalb wir zu deren Beurteilung externe Rechtsextremismusexperten (Kantonale Polizeistellen, Bundespolizei, Fachstellen) beigezogen hatten.

Die Ergebnisse der vergleichenden Evaluation flossen in Empfehlungen und Guidelines für die Umsetzung von Strategien der Sozialen Arbeit in Gemeinden ein.[25]

Ergebnisse der Vorstudie zu Gemeinden mit Rechtsextremismusproblemen

Die ausgewählten neun Gemeinden zeigten sich in der Regel kooperationsbereit. Die verantwortlichen Akteure in den Bereichen Polizei, Schule und Soziales (N=33) wurden zu ihrer Wahrnehmung der Rechtsextremismusprobleme, ihren Reaktionen und Maßnahmen sowie ihrer Einschätzung der Wirksamkeit befragt. Letzteres ist eine anspruchsvolle Aufgabe, da der Erfolg von Maßnahmen bezüglich Rechtsextremismus relativ und nur kontextabhängig einschätzbar ist. Die interviewten Personen waren sich dieser Problematik meist bewusst und formulierten ihre Aussagen zur Wirkung und Nachhaltigkeit ihrer Interventionen sehr vorsichtig. Meist waren sie sich bewusst, dass der Rückgang nur vorübergehender Natur sein und ein rasches Wiederaufflammen der Probleme jederzeit erfolgen könnte.

Die Ergebnisse der Vorstudie zeigen, dass alle neun befragten Gemeinden die sich zugetragenen rechtsextremen Vorfälle wahrgenommen und darauf reagiert hatten. Einige Gemeinden ergriffen lediglich Einzelmaßnahmen, insbesondere wenn nur bestimmte Bereiche, wie etwa die Schule, von den Vorfällen betroffen worden waren. In diesen Fällen fühlten sich die Lehrpersonen allein zuständig für die Problembewältigung. Anders hingegen reagierten die Gemeinden wenn sich Rechtsextremismus im öffentlichen Raum manifestierte, auf öffentlichen Plätzen oder am Bahnhof. Dies führte meist zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und Politik und Polizei wurden zur Verantwortung gezogen. Zudem wurden Rechtsextremismusphänomene im öffentlichen Raum von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen. Dabei spielten die Medien eine wichtige Rolle, da sie die Vorfälle national thematisierten, sodass diese nicht mehr bagatellisiert oder relativiert werden konnten. Für einige der betroffenen Gemeinden entstand auch ein Imageproblem, da ihr Name in Medienberichten wiederkehrend in Zusammenhang mit Rechtsextremismus genannt wurde und sie sich dadurch stigmatisiert fühlten. Dies ergab einen starken politischen Handlungsdruck. In der Folge vernetzten sich die betroffenen Akteure und Akteurinnen (Behörden, Polizei, Jugendarbeit und Schule), um gemeinsam die Probleme zu erörtern. Dies führte in der Regel zu übergreifenden Strategien und einer koordinierten Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen.

Was die Wirkung anbelangt, so berichteten die meisten Gemeinden von einem Rückgang, respektive Stagnation rechtsextremer Phänomene. Die interdisziplinäre Vernetzung wird von den lokalen Akteuren rückblickend als wichtige Voraussetzung für ein wirkungsvolles Vorgehen eingeschätzt, insbesondere auch die Tatsache, dass der Schulterschluss

über alle politischen Grenzen hinweg der Intervention Rückhalt verschafft habe.

Bei der Umsetzung der abgesprochenen Maßnahmen erwies sich die Erzeugung sozialen Drucks auf die jungen Rechtsextremisten entscheidend, indem Lehrmeister, Lehrpersonen, Polizei, Eltern sowie Gemeinderepräsentanten ihre Ablehnung gegenüber deren rassistische Überzeugungen, Gewaltbereitschaft und rechtsextremer Aufmachung persönlich kundtaten, im Sinne von «das wollen wir hier nicht». Da die jungen Rechtsextremisten in den untersuchten Gemeinden in der Regel beruflich und sozial gut integriert waren und dies nicht aufs Spiel setzen wollten, schienen insbesondere Mitläufer auf diese Art von Druck zu reagieren. An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass Rechtsextremismus in der Schweiz in erster Linie ein ländliches und kleinstädtisches Problem darstellt und die rechtsextremen Jugendlichen mehrheitlich sozial und beruflich gut integriert sind.[26]

Gegen die ideologisch versierten Anführer solcher Gruppierungen wurde in erster Linie repressiv vorgegangen, in einzelnen Fällen kam es aufgrund von strafrechtlichen Ermittlungen zur Verhängung von Haftstrafen oder Heimeinweisungen, in anderen Fällen zogen sie weg, da ihnen die ständigen Kontrollen und Verfahren lästig wurden. Durch den Wegfall solcher Anführer verlor die lokale Szene meist an Zusammenhalt und «Führung», weshalb sich die Mitläufer zusehends weniger zusammen fanden. Zudem verringerten sich die Rekrutierungstätigkeit und damit der Zulauf jüngerer Sympathisanten zur Szene, was teils zu einem Rückgang, teils zur Mitgliederstagnation rechtsextremer Gruppierungen führte.

Trotz dieser weitgehenden Beruhigung der jeweiligen Situationen, wurde in beinahe allen untersuchten Gemeinden an der weiteren Aufrechterhaltung der institutionalisierten Zusammenarbeit der kommunalen Akteure- und Akteurinnen festgehalten, um ein ständiges Monitoring und ein rasches Reagieren bei wiederaufflackernden Rechtsextremismusproblemen garantieren zu können. Ausserdem wurde der Aufgabenbereich solcher Vernetzungsgruppen verschiedentlich ausgedehnt, indem man sich weiterer Gewaltproblematiken, wie etwa Vandalismus oder häuslicher Gewalt, annehmen wollte, nachdem sich diese Arbeitsform für die Rechtsextremismusbekämpfung derart gut bewährt hatte.

Strategien Sozialer Arbeit in Abhängigkeit des Interventionsmilieus (Hauptstudie)

Unsere theoretischen Vorüberlegungen knüpften an den Schlussfolgerungen von Franz-Josef Krafeld[27] an, der bei der Umsetzung der Akzeptieren-

den Jugendarbeit erfahren hatte, dass diese in einem Umfeld, das mehrheitlich Rechtsextremismus stützt oder toleriert, kontraproduktive Effekte erzielte. Der akzeptierende Ansatz hatte dort Erfolg, wo rechtsextreme Jugendliche ausgegrenzt und stigmatisiert wurden, um ihre Probleme, die sie haben, und nicht nur diejenigen, die sie machen zu bearbeiten. Daraus folgerten wir, müsste das Umfeld rechtsextremer Gruppierungen ebenso auch für andere Strategien Sozialer Arbeit gegen Rechtsextremismus eine wichtige Grundvoraussetzung bilden. Wir nannten das Umfeld Interventionsmilieu, welches auch als allgemeines Meinungsklima bezeichnet werden kann und vor allem die Erwachsenenebene und deren Haltung gegenüber Rechtsextremismus meint.

Auf der anderen Seite wollten wir auch auf Ebene der rechtsextremen Jugendlichen zwischen verfestigten Ideologien und weniger ausgeprägten Tendenzen unterscheiden, da wir erwarteten, dass dieser Verfestigungsgrad Auswirkungen auf ihre Ansprechbarkeit durch Interventionen haben würde. Wir entwickelten ein Vierfelder-Schema mit dem Kontext als eine der Variablen und der Verfestigungsgrad der rechtsextremen Jugendlichen als zweite Variable, um unterschiedliche Interventionsfelder zu definieren (siehe Tabelle 1), wobei die beiden Variablen als Kontinuum zu verstehen sind.[28]

Tabelle 1: Vierfelderschema zu Interventionsmilieus[1] und Interventionsstrategien

Jugendliche / *Kontext*	*Jugendliche mit rechten Tendenzen*	*Jugendliche mit ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen*
Bevölkerung ist offen und tolerant, distanziert sich von Rechtsextremismus	I. Prävention und Aufklärung	II. Mediation und Konfrontation
Bevölkerung grenzt sich kaum von Rechtsextremismus ab, fremdenfeindlich	III. Minderheiten im Kontext stärken	IV. Deeskalation und Opferhilfe

1 Vgl. Eckmann 2005.

Die Auswertung der Evaluationen zeigte, dass die in den einzelnen Interventionen angewandten Strategien sich recht klar diesem Vierfelderschema zuordnen liessen. Denn je nach Konstellation der beiden Faktoren Kontext/rechtsextreme Jugendliche wurden unterschiedliche Interventionsmethoden angewandt:

I. *«Prävention und Aufklärung»* ist dann als Hauptstrategie angebracht, wenn sowohl die Jugendlichen als auch ihr Umfeld vorwiegend tolerant eingestellt sind und lediglich ein paar Jugendliche durch rechte Tendenzen auffallen. Hierfür eignen sich Informationsveranstaltungen und Diskussionsplattformen, Öffentlichkeitsarbeit, Workshops und Trainings – ohne rechte Jugendliche dadurch zu stigmatisieren.[29]

II. *«Mediation und Konfrontation»* eignet sich, wenn die rechtsextremen Jugendlichen vom Kontext mehrheitlich nicht gestärkt werden. Während ein vermittelnder Ansatz zur Entschärfung von Konflikten zwischen rivalisierenden Jugendgruppierungen eingesetzt werden kann, dient der konfrontative Ansatz zur klaren Signalisierung einer Toleranzschwellenüberschreitung und zur Androhung von Sanktionen.

III. *«Minderheiten im Kontext stärken»* bedeutet, Minderheitenvertreter und -vertreterinnen in die Intervention einzubeziehen. Durch die gemeinsame Problemanalyse und Wertediskussion werden die Gemeindeakteure und die Bevölkerung für die Situation der Minderheiten sensibilisiert, was ihnen zu einer besseren Akzeptanz verhilft. Dieser Abbau von Fremdenfeindlichkeit auf Erwachsenenebene führte in der untersuchten Gemeinde zu einer Abnahme rechtsextremer Tendenzen bei Schweizer Jugendlichen.

IV. *«Deeskalation und Opferhilfe»* stellen die einzigen Möglichkeiten bei ausgeprägten Problemkonstellationen mit gewaltbereiten, rechtsextremen Jugendlichen und mehrheitlich fremdenfeindlich eingestellter Bevölkerung dar. Koordinierte Repression gegenüber den rechtsextremen Jugendlichen und die gleichzeitige Schaffung von Unterstützung der Opfer rechtsextremer Gewalt (Anlaufstelle, Telefonlinie usw.), welche von einer politisch breiten Basis getragen und unterstützt werden, erzeugen eine Signalwirkung in der Öffentlichkeit, was zu einer zunehmenden Distanzierung von Rechtsextremismus beitragen kann.

Ein Klima auf Erwachsenenebene, in welchem man Rechtsextremismus mehrheitlich toleriert oder stützt, bedingt folglich eine andere Interventionsmethode als ein offenes und sensibilisiertes Milieu. Wobei an dieser Stelle angemerkt werden muss, dass die in den meisten Gemeinden angetroffenen Situationen sich dadurch auszeichnen, dass das Klima in der Bevölkerung eine Mischform dieser beiden Ausprägungen darstellt

und lediglich graduelle Unterschiede zwischen den einzelnen untersuchten Gemeinden ausgemacht werden konnten.

Wenn beide Variablen, Kontext und rechtsextreme Jugendliche, stark ausgeprägt sind, dann stellt sich mit Feld IV die anspruchvollste Kombination für eine Intervention. Hier muss in einem ersten Schritt versucht werden durch Repression und Beruhigung der Situation Gewalt zu unterbinden und gleichzeitig die Opfer zu schützen.

Doch stellt auch das Feld I eine anspruchsvolle Ausgangssituation dar, weil aufgrund der geringen Sichtbarkeit eines Problempotentials vermutlich wenig Problembewusstsein bei den kommunalen Akteuren vorhanden ist und deshalb meist nur ein kleines Aktivierungspotential zivilgesellschaftlicher aktiviert werden kann.

Wirksam und nachhaltig erwiesen sich Interventionen mit einer eingehenden Problemanalyse und einem längerfristigen und mehrstufigen Vorgehen. Der Interventionsverlauf in einer der untersuchten Gemeinden zeigt, wie ein Konflikt Auslöser und Motivator für gemeinsames Handeln wird:

Ein grosser anfänglicher Problem- und Handlungsdruck erforderte eine Krisenintervention mit Repression (IV.) und Konfrontation (II.) bezüglich der eskalierenden Jugendgewalt, welche auf den ersten Augenschein hauptsächlich von ausländischen Gruppierungen verursacht schien. Im Verlauf der Intervention wurde jedoch auch das Gewaltpotential rechtsextremer Jugendlicher sichtbar. Schweizer und ausländische Jugendliche wurden zusammen mit ihren Eltern vor eine Gewaltkommission geladen, welche sich aus Bürgermeister, auch der umliegenden Gemeinden, Polizei und Behördenmitglieder zusammensetzte, um Eltern in die Mitverantwortung zu ziehen und Sanktionen anzudrohen. Gleichzeitig fanden Informationsveranstaltungen mit Rechtsextremismusexperten und öffentliche Diskussionen (I.) zur Schaffung eines allgemeinen Problembewusstseins statt. Der Einbezug von Minderheitenvertreter und Vertreterinnen (III.) in die breit vernetzte Interventionsgruppe verschaffte diesen mehr Akzeptanz und einen höheren Status[30] und ermöglichte über deren Mediation und Elternarbeit eine weiterführende Entschärfung der Jugendgewalt (II.) zwischen rechtsextremen und ausländischen Jugendlichen. Zudem ermöglichte dieser Einbezug die Verbesserung des Austauschs zwischen Schweizer und ausländischer Wohnbevölkerung und schuf eine Basis für gemeinsam getragene Maßnahmen und Aktivitäten. Der Rückgang von Jugendgewalt und Rechtsextremismus wie auch die Entspannung

auf Erwachsenenebene in der Gemeinde erlaubte es in der Folge weitgehend präventiv (I.) zu arbeiten.

Dabei zeigte sich aber auch, dass einzelne Strategien nicht immer die beabsichtigte Wirkung erreichen, wie etwa Opferhilfe, wenn sich keine Opfer melden und diese nicht erreicht werden können. Doch erzielten auch diese Interventionen Effekte, indem das Engagement von Gemeindeakteuren – in einem Fall war es der Bürgermeister einer konservativen, eher rechtsstehenden Partei, der der Projektgruppe vorstand – öffentlichkeitswirksam wird. Auf diese Weise kann eine Signalwirkung entstehen, wenn die Bevölkerung dieses Engagement anerkennt, sich des Rechtsextremismusproblems bewusst wird und damit zusammenhängende Vorfälle meldet.

Konzepte der Gemeinwesenarbeit, die auf die spezifische Ausgangssituation einer Gemeinde und ihre vorhandenen oder aktivierbaren Ressourcen abgestimmt sind, haben sich bei den evaluierten Interventionen bewährt. Dies erfordert von den intervenierenden Fachpersonen eine gute Analysefähigkeit, um die Probleme, die hinter der Rechtsextremismusproblematik stehen, zu erkennen. Nur zwei der sieben Interventionen wurde von einer ausgebildeten Sozialarbeiterin oder einem Sozialarbeiter angeleitet. Beide zeichnen sich durch Methodenvielfalt und einen umfassenden Prozess aus. Die anderen Intervenierenden mit pädagogischen, psychologischen und juristischen Berufsausbildungen hatten sich im Verlauf ihrer Tätigkeit zwar Wissen und Erfahrungen bezüglich Rassismus und Gewaltprävention angeeignet, doch blieb ihr professioneller Hintergrund in der Hauptzielrichtung ihrer Interventionen spürbar und ihre Strategien waren zum Teil weniger an der Gemeinwesenarbeit orientiert.

Die befragten kommunalen Akteure stuften die Begleitung durch Experten und Expertinnen für diese Interventionsprozesse als sehr wichtig ein. Ohne ihre Beratung hätten sie meist nicht einen derart umfangreichen Prozess umgesetzt, sondern vermutlich hauptsächlich repressive Strategien gewählt. Die Fachpersonen standen den kommunalen Arbeitsgruppen nach dem Konzept der «Hilfe zur Selbsthilfe» beratend zur Seite. In diesem Zusammenhang kann von einem Empowerment gesprochen werden, insbesondere bezüglich Akteuren, die zuvor über wenig Kompetenzen verfügten oder wie im Falle der Minderheitenvertreter aufgrund ihrer sozialen Stellung zusätzlich Legitimation gegen aussen und innen (Minderheitengruppen) sowie Ermutigung für ihr zivilgesellschaftliches Engagement benötigten.

Wichtige Akteure, die in den Gemeinden die Interventionen mitgetragen haben, stellen die Schule, die Jugendarbeit, sowie auch die Poli-

zei dar. In der Jugendarbeit wurde mittels Mediation, Jungenarbeit oder akzeptierendem Ansatz die Gewalt zwischen den verfeindeten Gruppen entschärft. Was den Zugang zu rechtsextremen Jugendlichen betrifft, so gestaltet sich dieser für in der Jugendarbeit Tätige in der Regel recht schwierig, während die befragten polizeilichen Rechtsextremismus- und Jugendfachleute diesbezüglich über bessere Voraussetzung zur Beziehungsaufnahme berichteten, da sie in der Regel als Autoritätspersonen respektiert werden. An dieser Stelle gilt hervorzuheben, wie wichtig die enge Zusammenarbeit von Polizei und Jugendarbeit eingeschätzt wurde, insbesondere was den unkomplizierten Austausch von Informationen, die gegenseitige Unterstützung in kritischen Situationen und die Koordination von Maßnahmen betraf. Beide Seiten berichteten, dass diese enge Zusammenarbeit ein Novum darstelle und die Beziehung zuvor von gegenseitigen Vorurteilen und Misstrauen geprägt gewesen sei. Die Rechtsextremismusproblematik habe für Polizei und Jugendarbeit eine Chance dargestellt, neue Kooperationsformen zu entwickeln und erproben, welche weiter aufrecht erhalten werden sollen.

Zivilgesellschaftliche Kräfte erzeugen sozialen Druck

Die Relevanz des Kontexts hatte sich schon bei der Auswertung der Vorstudie in den neun von Rechtsextremismus betroffenen Gemeinden gezeigt, als Polizeivertreter wiederholt die geringe Anzeigebereitschaft bezüglich rechtsextrem motivierter Gewalttaten beklagten. Verschiedentlich seien Zeugen aber auch Opfer angesprochen und zu Aussagen ermutigt worden, indem ihnen versichert wurde, dass Racheakte von Rechtsextremisten bis anhin nicht bekannt seien – mit meist wenig Erfolg. Doch schien es nach Aussagen unserer Gesprächspartner und -partnerinnen weniger ein Problem der Sicherheit sondern vielmehr der Kleinräumigkeit der betroffenen Gemeinden zu sein, da Zeugen und Opfer die Täter, deren Eltern und Umfeld meist kennen würden und sich niemand mit solchen Anschuldigen derart exponieren möchte. Hier erwies es sich als entscheidend, ob durch den Schulterschluss der Gemeindeakteure ein Gesinnungswandel erzeugt werden konnte, indem die Bevölkerung das Engagement dieser Exponenten wahrnahm und sich ermutigt fühlte, gegen Rechtsextremismus Stellung zu nehmen. Die befragten Polizeivertreter stellten denn auch verschiedentlich nach dieser öffentlichkeitswirksamen Distanzierung von Schlüsselpersonen des gesellschaftlichen Lebens einer Gemeinde von Rechtsextremismus, Gewalt und Intoleranz eine merkliche Steigerung der Signalisierungs- und Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung fest. Ebenso

wichtig war, die Zielgruppe Wirte und Vermieter von Versammlungslokalen zu informieren und zu sensibilisieren, um Zusammenkünfte rechtsextremer Gruppierungen zu verhindern.

Die Evaluation der unterschiedlichen Rechtsextremismusinterventionen hat gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Gegenkräfte in ihrem lokalen Wirkungskreis wichtige Interventions- und Sanktionsmöglichkeiten entfalten können. Durch eine politisch breit abgestützte Intervention kann das lokale Meinungsklima sensibilisiert werden, wodurch rechtsextreme Gruppierungen zusehends in ein negatives Licht geraten. Sie werden zum Problem und erfahren den Entzug gesellschaftlicher Anerkennung, sofern sie diese zuvor genossen hatten. Sozialer Druck kann sowohl von ihrem unmittelbaren Umfeld (Familie, Schule, Arbeitsplatz) als auch von gesellschaftlichen Lebensbereichen (polizeiliche Repression, politische Thematisierung usw.) ausgehen. Eine Ausgrenzung und Verurteilung kann in dieser Kleinräumigkeit weitreichende Folgen für die Betroffenen haben. Wie sich in unserer Untersuchung zeigte, reagierten insbesondere Mitläufer auf sozialen Druck durch Distanzierung von der Szene. Rechtsextreme Gruppierungen realisieren in der Regel sehr schnell, ob ihre Aktionen wahrgenommen werden, und ob darauf reagiert wird. Ein permanentes Monitoring und koordiniertes Vorgehen auf kommunaler Ebene vermindert rechtsextreme Vorfälle und schmälert den Zulauf jüngerer Sympathisanten.[31]

Eine Kleinstadt oder ein Dorf stellt folglich aufgrund des Stellenwerts der sozialen Kontrolle ein hochsensibles Interventionsmilieu dar. Rechtsextremismusinterventionen müssen die zivilgesellschaftlichen Kräfte so mobilisieren, dass die vorherrschende Gleichgültigkeit, Verharmlosung oder verhaltene Zustimmung gegenüber rechtsextremen Jugendlichen durchbrochen wird und der gesellschaftliche Druck sich gegen diese wendet.

Es bleibt festzuhalten, dass das Problem Rechtsextremismus nicht mit dem Ende öffentlicher Auftritte Rechtsextremer beendet ist. Vielmehr sollten Strategie gegen Rechtsextremismus von Seiten der Gemeinden querschnittsorientiert und längerfristig entworfen werden. Themen, welche Rechtsextremismus Vorschub leisten, müssen angegangen werden, wie etwa Jugendgewalt durch ausländische Jugendliche, ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz in der Bevölkerung, polarisierte Jugendkulturen oder Konflikte zwischen linken und rechten Jugendlichen. In einigen der untersuchten Gemeinden kann nicht von freier Wahl sondern von Zwang zur Gruppenzugehörigkeit gesprochen werden, wenn es

keine oder kaum Alternativen gibt. Rechtsextreme Gruppenzugehörigkeit kann Jugendlichen Schutz, Identifikation, Abgrenzung und Kongruenz bieten, um Übereinstimmung zwischen Denken (fremdenfeindliche Ausschlussforderungen in der Bevölkerung) und Handeln zu erzeugen. Die der Jugendgewalt zugrunde liegenden Probleme müssen direkt angegangen werden, etwa durch Unterstützung bei der Arbeitssuche und Verhinderung von Diskriminierung, Kontakt schaffende Freizeitangebote oder Mediation zwischen verfeindeten Jugendgruppierungen. Die Intervention darf sich folglich nicht auf Rechtsextremismus fixieren und Jugendgewalt von Ausländerseite übersehen oder «wegdiskutieren», sonst erhält die Intervention in der Gemeinde keine breite Akzeptanz. Aus diesem Grund ist es auch wichtig, die Intervention unter dem Motto «Gewaltbekämpfung» und nicht «Rechtsextremismusbekämpfung» zu führen sowie positive Werte, wie Toleranz, Demokratie und friedliches Zusammenleben in den Vordergrund zu stellen. Auf diese Weise wird es einfacher, eine politisch breit abgestützte Allianz zu bilden, welche auch bürgerliche und konservative Kräfte einschliesst. Die Bezeichnung einer Intervention sollte zudem so gewählt werden, dass positive Assoziationen in der Bevölkerung geweckt werden, wie z.B. «Stop Gewalt – Es gibt ein Limit», «disCrime» oder «Aktion Courage».

Die Expertenbegleitung trug zu einem weiten Wirkungsradius und zur Nachhaltigkeit einer Intervention bei, wenn möglichst alle Ebenen des sozialen Lebens einer Gemeinde (Schule, Jugendarbeit, Vereine, Kultur, Sport, Kirchen, politische Gremien usw.) einbezogen und aktiviert und auch Segregations- und Polarisierungsprozesse auf Erwachsenenebene angegangen werden konnten. Indem Schlüsselpersonen und Akteureinnen und Akteure vor Ort eine gemeinsame Haltung («das wollen wir hier nicht») demonstrierten, eine enge Zusammenarbeit pflegten («gemeinsam schaffen wir es») und ihr Engagement («wir ziehen an einem Strick») öffentlichkeitswirksam vertraten, konnte die Bevölkerung gegenüber Rechtsextremismus sensibilisiert werden. Dieser Umsetzungsprozess befähigte die Beteiligten in der Regel, später weitgehend selbständig ohne die Unterstützung externer Fachperson zu intervenieren und präventive Maßnahmen und Aktivitäten zu lancieren.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass Methoden Sozialer Arbeit, wie Gemeinwesenarbeit, Mediation und Empowerment von Minderheiten erfolgversprechende Strategien zur Stärkung der lokalen Zivilgesellschaft darstellen, welche Rechtsextremismusphänomene zurückzudrängen vermögen.

Literatur

Altermatt, U./Kriesi, H.-P.: *Rechtsextremismus in der Schweiz.* Zürich, 1995.

Beck, U.: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne.* Frankfurt a.M. 1986.

Butterwegge, Ch.: Der Funktionswandel des Rassismus und die Erfolge des Rechtsextremismus. In: Butterwegge, Ch./Jäger, S. (Hrsg.): *Rassismus in Europa.* Köln 1992, 181–200.

Döhmann, U./Garcia, A./Kratz, P.: *Bonner Initiative «Gemeinsam gegen Neofaschismus». Bundeszentrale für politische Bildung,* Bonn 1989.

Eckmann, M.: Faire face au racisme: Violences extrémistes parmi les jeunes. In: Schweizerische Ausländerkommission (Hrsg.): *Terra cognita – Violence, Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration.* 2005, H. 6, S. 62–69.

Eckmann, M./Eser Davolio, M.: *Rassismus angehen statt übergehen* – Theorie und Praxisanleitung für Schule, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Zürich 2003.

Eser Davolio, M.: Wissenschaftliche Evaluation von Ansätzen gegen Rechtsextremismus. In: Frölich, M./Hafeneger, B./Kaletsch, Ch./Oppenhäuser, H. (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliche Strategien gegen die extreme Rechte in Hessen.* Frankfurt a. M. 2007, S.77–92.

Eser Davolio, M./Eckmann, M./Drilling, M.: Rechtsextremismus und Soziale Arbeit in der Schweiz. In: Drilling, M./Eser Davolio, M. (Hrsg.): *Rechtsextremismus und Soziale Arbeit.* Forschungsberichte des Moduls «Lernen und Forschen». Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel, 2004 S. 6–10. [Online] http://www.forschen.ch

Eser Davolio, M./Gerber, B./Eckmann, M./Drilling, M.: The Special Case of Switzerland: Research Findings and Thoughts from a Context-Oriented Perspective. In: Rieker, P./Glaser, M. (Ed.): *Prevention of Right-Wing-Extremism, Xenophobia and Racism in European Perspective.* Halle 2006, p. 30–47.

Eser Davolio, M./Drilling, M.: Vergleichende Evaluation von Interventionen gegen Rechtsextremismus: Perspektiven professionsorientierter wissensgenerierender Evaluationen. In: Glaser, M./Schuster, S. (Hrsg.): *Evaluation pädagogischer Arbeit gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Erfahrungen und Herausforderungen.* Halle 2007a.

Eser Davolio, M. /Drilling, M.: Wie können Gemeinden gegen Rechtsextremismus vorgehen? In: Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hrsg.): *Rechtsextremismus bekämpfen: Wirksame Massnahmen und griffige Arbeitsinstrumente für Gemeinden.* Bern 2007b, S.5–56.

Hamburger, F.: *Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft.* Frankfurt a. M. 1994.

Heitmeyer, W.: *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen.* Weinheim, München 1987.

Heitmeyer, W.: *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie.* Weinheim, München 1992.

Hoffmeister, D. /Sill, O.: *Zwischen Aufstieg und Ausstieg: autoritäre Einstellungsmuster bei Jugendlichen/jungen Erwachsenen.* Opladen 1992.

Kelle, U. & Kluge, S.: *Vom Einzelfall zum Typus: Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung.* Opladen 1999.

Krafeld, F. J.: *Die Praxis akzeptierender Jugendarbeit. Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen.* Opladen 1996.

Leiprecht, R.: *«da baut sich ja in einem so ein Hass auf...». Zur subjektiven Funktionalität von Rassismus und Ethnozentrismus bei abhängig beschäftigten Jugendlichen – eine empirische Untersuchung.* Hamburg, Berlin 1990.

Leiprecht, R.: Das Modell ‚unmittelbare und/oder direkte Konkurrenz': Erklärung von Rechtsextremismus oder Rechtfertigungsangebot? In: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) e.V. (Hrsg.): *Rassismus – Fremdenfeindlichkeit – Rechtsextremismus: Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs.* Bielefeld 1993, S.68—86.

Lynen von Berg, H./Palloks, K./Steil, A.: *Interventionsfeld Gemeinwesen.* Evaluation zivilgesellschaftlicher Strategien gegen

Rechtsextremismus. Weinheim und München 2007.

Miles, R.: *Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs.* Hamburg 1991.

Pettigrew, T.F./Tropp, L.R.: A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theorie. In: *Interpersonal Relations and Group Processes*, 2, 2002.

Pinn, P.: Kritische Anmerkungen zur Einschätzung rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen bei Jugendlichen. In: *Arbeitskreis «Jugendarbeit und Rechtsextremismus»*, Aachen, Dortmund 1991.

Pugh, R.: Difference and Discrimination in Rural Areas. In: *Rural Social Work*, Vol. 9, 2004, p.255–264.

Rommelspacher, B.: *Anerkennung und Ausgrenzung.* Frankfurt a.M. 2002.

Schubarth, W.: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: *Jugend, Beruf, Gesellschaft*, 4, Bonn 2001.

Strobl, R./Würtz, St./Klemm, J.: *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung.* Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim und München 2003.

Willems, H./Würtz, St./Eckert, R.: *Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen.* Forschungsbericht Trier 1993.

Zick, A.: Vorurteile und Rassismus. Eine sozialpsychologische Analyse. In: Wagner, U. (Hrsg.): *Texte zur Sozialpsychologie, Band I.* Münster, New York, München, Berlin 1997.

Anmerkungen

1 Vgl. Krafeld 1996.
2 Vgl. hierzu auch Lynen von Berg et al. 2007; Strobl et al. 2003.
3 www.nfp40plus.ch.
4 Vgl. Heitmeyer 1987.
5 Vgl. Altermatt/ Kriesi 1995.
6 Staatsschutzbericht 2006 siehe www.fedpol.admin.ch.
7 Vgl. Döhmann/Garcia/Kratz 1989, Leiprecht 1993, Pinn 1991.
8 Vgl. Miles 1989; Butterwegge 1992.
9 Vgl. Beck 1986.
10 Vgl. Leiprecht 1990.
11 Vgl. Heitmeyer 1992.
12 Vgl. Leiprecht 1993.
13 Vgl. Hoffmeister/Sill 1992.
14 Vgl. Willems/Würtz/Eckert 1993.
15 Vgl. Zick 1997.
16 Vgl. hierzu auch Schubarth 2001.
17 Vgl. Zick 1997.
18 Vgl. Rommelspacher 2002.
19 Vgl. Pettigrew/ Tropp 2002.
20 Vgl. Hamburger 1994.
21 Vgl. Eckmann/Eser Davolio2003.
22 Vgl. Eser Diavolio 2007.
23 Vgl. Kelle & Kluge 1999.
24 Vgl. Eser Davolio & Drilling 2007a.
25 Eser Davolio & Drilling 2007b.
26 Vgl. Eser Davolio et al. 2006.
27 Vgl. Krafeld 1996.
28 Vgl. Eser Davolio et al. 2004.
29 Vgl. Eckmann/Eser Davolio 2003.
30 Vgl. hierzu auch Pugh 2004.
31 Vgl. Eser Davolio 2007.